

Fragebogen Parents für Future (hier: VG Ransbach-Baumbach)

Sehr geehrte Kandidatin/Kandidat,

Sie sind für unseren Wahlkreis 6 für Ihre Partei/Ihre Wählervereinigung als Direktkandidat für die anstehende Landtagswahl in Rheinland-Pfalz aufgestellt. Wir, die Basisgruppen Neuwied und der VG Ransbach-Baumbach der Organisation "Parents for Future" welche die Jugendbewegung "Friday for Future" unterstützen haben uns Gedanken um die Zukunft unserer natürlichen Lebensgrundlagen Gedanken gemacht und wollen daher für Interessierte eine Wahlentscheidungshilfe bieten. Wir werden Ihre Antworten ausgewertet, sowie bestenfalls im Original, veröffentlichen.

Das bisherige, unzureichende politische Handeln führt die Welt bereits jetzt immer tiefer in die begonnene Klimakatastrophe. Waldsterben, Dürre, Flächenbrände und Extremwetterlagen sind bereits in Deutschland alarmierende Realität.

Diese sich rasant beschleunigende Klimakatastrophe zerstört nicht nur die Lebensgrundlagen künftiger Generationen, sondern beeinträchtigt bereits in zunehmendem Maß die Gesundheit der jetzt lebenden Bevölkerung weltweit.

Wir fordern und erwarten, dass die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens durch umfassendes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln eingehalten wird und sofort oberste Priorität hat.

Da die erneuerbaren Energien schon jetzt günstiger sind, gibt es keine Ausreden mehr, die notwendige Energiewende aufzuschieben. Die existierenden Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus, die Klimakatastrophe zu stoppen.

Aus unserer Sicht sind nur noch Menschen wählbar, die sich jetzt konsequent und offensiv dieser Verantwortung stellen.

Somit ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie mit der Bitte um Stellungnahme

Sehr geehrte Aktivisten,

meines Erachtens ist es grundsätzlich sehr löblich, wenn Sie sich vehement für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Sie können die Menschen umso besser überzeugen, je mehr Sie mit gutem Beispiel vorangehen und selbst vorleben, wie dies in der Praxis möglich ist, ohne die eigenen Existenzgrundlagen aufzugeben.

Den Vorwurf des „bisherigen unzureichenden politischen Handelns“ kann ich pauschal nicht teilen. Sicher haben Sie es als Aktivisten mit verbalen Forderungen sehr viel einfacher als gewählte und immer wieder neuzuwählende Politiker, die alle Entscheidungen immer im Gesamtzusammenhang sehen und auch die Gesamtfolgen für die Bevölkerung im Einzelfall abschätzen müssen (nicht nur die Folgen für die Umwelt).

Mit einer pauschalen Forderung im Sinne von „Zurück zur Natur“ werden Sie in der Welt nichts ausrichten können. Milliarden von Menschen in aller Welt streben wenigstens ein bisschen von dem Wohlstand an, den wir in Europa so selbstverständlich gewöhnt sind. Wenn diese Menschen kein sauberes Wasser haben oder an Malaria und Tuberkulose sterben, werden sie diese Menschen nicht daran hindern können, ihre Situation verbessern zu wollen. Gleichzeitig werden Sie keinen Erfolg damit haben, die in Wohlstand lebenden Menschen auf übermäßigen Verzicht zu trimmen.

Deshalb haben wir Freien Demokraten einen anderen Politikansatz als Sie: Wir vertrauen auf die Innovationsfähigkeit der Menschen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen ihre Kreativität, ihre Intelligenz und ihre Schaffenskraft dafür einsetzen (können), Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu entwickeln. Das gilt auch für die Folgen der Klimaveränderung.

Ihr Forderungskatalog mit Bedingungen und Verboten passt daher schon grundsätzlich nicht zu unserem lösungsorientierten und flexiblen Politikansatz. Außerdem machen Sie es sich zu einfach, Ihre (kritisch zu diskutierenden) Ansätze als wissenschaftlich zwingend geboten zu unterstellen und dazu eine (unreflektierte) Folgsamkeit zu fordern. Sie selbst zu leben und im demokratischen Diskurs zu verteidigen, erfordert viele Anstrengungen. Deshalb würde ich vielmehr von Ihnen wissen wollen, wie Sie all Ihre in den Fragen enthaltenen Forderungen umsetzen würden und welche Einschränkungen sich daraus für die Menschen in unserem Bundesland ergeben würden.

Auf Basis meiner Vorbemerkung beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Unsere Fragen:

1. die aktuelle Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt Rheinland-Pfalz bis 2050 CO₂-neutral zu machen. Dies entspricht nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Einhaltung des völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaabkommens. Daher fordern wir die CO₂-Neutralität bis spätestens 2035. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Das Ziel der CO₂-Neutralität lässt sich nicht alleine nach Datum erreichen. Bei Abwägung aller Voraussetzungen und Folgen sind Anreize zu bevorzugen, die ein schnelleres Erreichen des Zieles fördern. Aber wer weiß, welche Probleme und Herausforderungen uns nach Corona in den nächsten 15 bis 30 Jahren bevorstehen?

2. Wie bewerten sie die bisherigen Leistungen der Landesregierung im Bereich Klimaschutz?

Antwort: Vielversprechend und ausbaufähig.

3. Würden sie der Aussage zustimmen, dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung unserer Zivilisation ist und durch schnellstmögliche Maßnahmen, weltweit und somit natürlich auch im Land, aufgehalten werden muss auch wenn dies nicht kostenlos zu machen ist?

Antwort: Der Klimawandel ist eine ernsthafte Herausforderung, für die wir noch weitere geeignete und verträgliche Lösungen finden müssen und werden.

4. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für die Installation von Photovoltaik Modulen auf Neubauten sowie auf Altbauten bei Renovierungen einführt? In mindestens gleichwertig strenger Weise wie Hamburg dies beschlossen hat. [Ja, Nein]

Antwort: Nein

5. Werden Sie den dezentralen, bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien schnellstmöglich fördern um die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern unnötig zu machen?

Antwort: Wenn die Bürger das unterstützen, gerne!

6. Welchen prozentualen Anteil am deutschen Strommix sollten die erneuerbaren Energien im Jahre 2030 Ihrer Meinung nach haben? Angabe bitte in Prozent.

Antwort: einen möglichst hohen Anteil.

7. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für Nahwärme-Netze, welche perspektivisch vollständig mit Energie aus erneuerbaren Energien betrieben werden, in Neubaugebieten einführt? Sowie das diese sukzessiv im Bestand nachgerüstet werden zur kollektiven Dekarbonisierung des Wärmesektors? Hinweis: Stichwörter um dies in unseren ländlichen Gebieten ökonomisch zu ermöglichen sind: Kalte Nahwärme, Agrothermie, Saisonale Wärmespeicher, Nahwärmenetze 4.0 und auf [Wärmewende.de](http://Waermewende.de) finden sie viele gute Beispiele.

Antwort: Nein, solche Pflichten verteuern den Wohnungsbau und die Mieten. Wir bevorzugen (positive) Anreize wie Zuschüsse oder sonstige Förderungen.

8. Rheinland-Pfalz ist mit dem Saarland das Bundesland mit den meisten Verbrennungsmotor betriebenen PKW je Einwohner, werden Sie sich ernsthaft und tatkräftig dafür einsetzen, dass den Einwohnern zeitnah äquivalente Alternativen geboten werden? Bitte erläutern Sie Ihre Vorschläge hierzu.

Antwort: Wie sollen diese aussehen und wer soll sie bezahlen? In unseren Flächenländern muss der Weg zur Arbeit häufig mit dem Pkw zurückgelegt werden.

9. Was halten Sie von der Einführung eines 1,5 Grad kompatiblen CO₂-Budgets für Rheinland-Pfalz, welches jährlich herabgesetzt wird, dessen Einhaltung rechtsverbindlich einzuhalten ist und von unabhängigen Stellen wissenschaftlich überprüft wird.

Antwort: Eine Drangsalierung, die völlig unrealistisch ist.

10. Die "CO₂-Steuer" stellt eine wichtige Säule zur Anreizbildung für ein klimagerechteres Wirtschaften dar. Wir fordern eine Höhe der Steuer entsprechend ihrer Folgekosten (laut Umweltbundesamt 195€ pro Tonne). Außerdem fordern wir eine sozial gerechte Anwendung. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Wir unterstützen diese Steuer als Anreiz zur Vermeidung von CO₂. Mit Phantasiepreisen wird allerdings nichts erreicht, außer dass Betriebe ihre Tätigkeit einstellen.

11. Täglich werden einige Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Dabei scheint die Anzahl der Einwohner auf Dauer stabil zu bleiben. Durch mehr Wohnfläche je Einwohner und Flächenversiegelungen wird die Fähigkeit der Natur zur Selbstregulation gehemmt. Zudem ist unser aktuelles Modell der intensiv-Landwirtschaft mit extremen Folgeschäden verbunden, was haben sie hier für Vorschläge?

Antwort: Sparsamer Landschaftsverbrauch einerseits und Renaturierungen dort, wo es möglich ist.

Wir warten gespannt auf Ihre Stellungnahme bis spätestens 17.02.2021.

Mit freundlichen Grüßen

Parents for Future VG Ransbach-Baumbach

<https://parentsforfuture.de/de/neuwied>

<https://parentsforfuture.de/de/ransbach-baumbach>